

Beschlußempfehlung und Bericht **des Innenausschusses (4. Ausschuß)**

zu den von der Gruppe der PDS/Linke Liste eingebrachten Gesetzentwürfen

- a) Entwurf eines Zwölften Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes
— Drucksache 12/5128 —**
- b) Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes
— Drucksache 12/5129 —**
- c) Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes
— Drucksache 12/5130 —**
- d) Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Europawahlgesetzes
— Drucksache 12/5131 —**
- e) Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Europawahlgesetzes
— Druckache 12/5132 —**

A. Problem

Ziel der Gesetzentwürfe der Gruppe der PDS/Linke Liste ist es,

- a) im Bundeswahlgesetz das aktive und passive Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer einzufügen und das Wahlberechtigungsalter zur Erweiterung der aktiv Wahlberechtigten zu senken;
- b) die Fünf-Prozent-Klausel des Bundeswahlgesetzes zu streichen und die Möglichkeit, bei der Wahl der Landeslisten der Parteien Präferenzstimmen zu geben, einzuräumen;
- c) die Fünf-Prozent-Klausel wie bei der Wahl zum 12. Deutschen Bundestag zu regionalisieren und auf drei Prozent im Bundeswahlgesetz zu senken;
- d) für die 4. Wahl zum Europäischen Parlament die Sperrklausel des Europawahlgesetzes zu streichen, das Wahlberechtigungs-

alter auf 16 Jahre zu senken und das Wahlrecht auch denjenigen Ausländerinnen und Ausländern zu gewähren, die seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig ihren ständigen Wohnsitz in der Bundesrepublik haben und nicht in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften wahlberechtigt sind;

- e) die Sperrklausel des Europawahlgesetzes, analog zu c), zu regionalisieren und auf drei Prozent zu reduzieren.

B. Lösung

Ablehnung der Gesetzentwürfe.

Große Mehrheit im Ausschuß**C. Alternativen**

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
die Gesetzentwürfe auf Drucksachen 12/5128, 12/5129, 12/5130,
12/5131 und 12/5132 abzulehnen.

Bonn, den 7. Januar 1994

Der Innenausschuß

Hans Gottfried Bernrath
Vorsitzender

Franz Heinrich Krey
Dr. Burkhard Hirsch
Berichterstatter

Gerd Wartenberg (Berlin)

**Bericht der Abgeordneten Franz Heinrich Krey, Gerd Wartenberg (Berlin)
und Dr. Burkhard Hirsch**

1. Die Gesetzentwürfe auf Drucksachen 12/5128 bis 12/5132 wurden in der 169. Sitzung des Deutschen Bundestages am 2. Juli 1993 an den Innenausschuß federführend sowie an den Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung und den Rechtsausschuß mitberatend überwiesen. Der Haushaltsausschuß, der gemäß § 96 GO-BT beteiligt ist, wird seinen Bericht gesondert abgeben. Der Ausschuß für Frauen und Jugend hat sich gutachtlich beteiligt.
2. Der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung und der Rechtsausschuß haben gegen die Stimme der Gruppe der PDS/Linke Liste die Ablehnung der Gesetzentwürfe auf Drucksachen 12/5128 bis 12/5132 empfohlen; im Rechtsausschuß hat sich die Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Drucksachen 12/5130 und 12/5132 enthalten.
3. Der Innenausschuß hat die Gesetzentwürfe in seiner Sitzung am 1. Dezember 1993 abschließend beraten und jeweils den einzelnen Gesetzentwurf auf Drucksachen 12/5128 bis 12/5132 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der Gruppe der PDS/Linke Liste abgelehnt. Zu Drucksache 12/5130 hat sich der Vertreter der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthalten.

Bonn, den 7. Januar 1994

Franz Heinrich Krey
Berichterstatler

Gerd Wartenberg (Berlin)

Dr. Burkhard Hirsch